



2013/42 Ausland

<https://jungle.world/artikel/2013/42/gin-und-jihad>

Islamisten in Ost- und Westafrika gehen in die Offensive

Gin und Jihad

Von **Ruben Eberlein**

In Ostafrika wollen die Jihadisten der al-Shabab den Kampf für einen islamischen Staat internationalisieren und auch die im Norden Nigerias operierende Boko Haram sammelte jüngst international Erfahrungen.

Die Angreifer kamen kurz vor dem Morgengrauen: Das Kommando der US-amerikanischen Navy Seals setzte am vorvergangenen Samstag von einem vor der Küste ankernden Kriegsschiff an den somalischen Strand von Barawe über, teilte sich in zwei Teams auf und drang zu einem der Häuser in Meeresnähe vor. Dort vermuteten sie Abd al-Kadir Mohammed Abd al-Kadir, der sich Ikrima nennt, einen mutmaßlichen Führer der jihadistischen Miliz al-Shabab. Doch der Angriff musste abgebrochen werden. Offensichtlich fiel der Widerstand der Islamisten stärker als erwartet aus, die US-Soldaten zogen unverrichteter Dinge wieder ab.

In der libyschen Hauptstadt Tripolis hatten die Navy Seals hingegen mehr Erfolg. Dort wurde Abu Anas al-Liby festgenommen, der verdächtigt wird, als wichtiges Mitglied von al-Qaida für die Anschläge auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania im Jahr 1998, bei denen etwa 220 Menschen getötet wurden, verantwortlich zu sein. Er wird nun vermutlich auf einem Kriegsschiff der US-Navy festgehalten und verhört. Auch Ikrima soll als Verantwortlicher für Logistik zu dem Kreis gehören, der die Botschaftsattentate vorbereitet hatte und darüber hinaus für den Angriff auf ein von Israelis betriebenes Hotel und ein Flugzeug mit israelischen Touristen verantwortlich ist. Ein Sprecher des US-Verteidigungsministeriums betonte in einer Presseerklärung, die Operation in Somalia demonstriere, »dass die USA unmittelbaren Druck auf die Führung von al-Shabab ausüben kann zu jeder Zeit, die uns passt«.

Die ungebrochene Aufmerksamkeit des US-amerikanischen Sicherheitsapparates für die mit al-Qaida verbündete al-Shabab in Somalia und ihre enge Zusammenarbeit mit den kenianischen Sicherheitskräften verhinderten jedoch nicht den Überfall auf das Einkaufszentrum Westgate in Nairobi. Am 21. September drangen dort vermummte Bewaffnete ein, misshandelten und töteten Besucher und selektierten dabei nach Augenzeugenberichten muslimische von nichtmuslimischen Einkäufern. Nach Regierungsangaben wurden 67 Menschen getötet. Al-Shabab übernahm die Verantwortung für den Angriff und wollte ihn als Reaktion auf die Invasion der Armee Kenias im südlichen Somalia verstanden wissen.

Seit sechs Jahren drängt der Krieg in Somalia, der seit 1991 anhält, von Zeit zu Zeit zurück in das Rampenlicht der internationalen Öffentlichkeit. Mitte des Jahres 2006 gelang es der Union

der Islamischen Gerichte (UIC), einem Zusammenschluss verschiedener islamischer Milizen, große Teile Südsomalias unter ihre Kontrolle zu bringen und die Macht in der Hauptstadt Mogadischu zu übernehmen. Das Nachsehen hatten die von der internationalen Diplomatie unterstützte Übergangsregierung sowie mit ihr verbündete, aber auch gegnerische Warlord-Gruppen, die in den verschiedenen Landesteilen gegeneinander Krieg führten. Zum ersten Mal seit der Flucht des Präsidenten Siad Barre 1991 kehrte so etwas wie Frieden in dem von Bürgerkrieg, Dürre und Vertreibung geplagten Land ein.

Das Nachbarland Äthiopien, ein enger Verbündeter der USA in der Region, wollte jedoch keine von Islamisten dominierte Regierung in Somalia akzeptieren und intervenierte Ende 2006. Nach dem Sturz der UIC-Regierung spalteten sich die islamischen Aufständischen in mehrere Gruppen, aus ihr ging auch al-Shabab hervor. Sie gilt als extremste Fraktion unter den Islamisten und gab 2010 ihren Anschluss an al-Qaida bekannt. Heute beherrscht al-Shabab, die nicht zuletzt mit dem Versprechen eines relativ hohen Salärs Kämpfer auch in den Flüchtlingslagern rekrutieren soll, vor allem ländliche Gebiete und kleinere Städte im Süden Somalias. Ihr Hauptgegner sind die Übergangsregierung in Mogadischu und die mit ihr verbündeten Warlords sowie die Truppen der Amisom, der Mission der Afrikanischen Union in Somalia, die 17 000 Soldaten im Land stationiert hat und für die vor allem Soldaten aus Uganda, Kenia und Burundi kämpfen.

Derzeit steht al-Shabab, die mehr als ein Franchise verschiedener Kommandos denn als geschlossene und hierarchische Organisation zu verstehen ist, im konventionellen Krieg erheblich unter Druck. Die kenianischen Truppen drängten die Islamisten mit Hilfe lokaler Warlords im Süden zurück. Das lässt al-Shabab auf Terror- und Guerillataktiken zurückgreifen, auch über die Landesgrenzen hinaus. Davon zeugen zahlreiche Anschläge in Mogadishu, der Anschlag auf eine Bar in Kampala, der Hauptstadt von Uganda, im Jahr 2010 sowie der Angriff auf die Shopping Mall in Nairobi. Der Somalia-Experte Ken Menkhaus sieht al-Shabab derzeit in einem »Status des Niedergangs« begriffen. »Paradoxerweise«, schreibt er auf seinem Blog, »ist eine geschwächte al-Shabab eine größere Gefahr außerhalb Somalias als eine stärkere al-Shabab.«

Es dauerte sieben Tage, bis die Geschäftsleute des Einkaufszentrums Westgate ihre Läden wieder betreten konnten. Was sie dort vorfanden, beschreibt ein Bericht der New York Times als die Szenerie einer ausgiebigen Plünderung, die »scheinbar den Umfang und die Organisation einer großangelegten militärischen Operation« hatte. Eigentlich gilt Kenias Militär als weniger korrupt als die Polizei, die zuerst am Ort des Angriffs war und sich mit leichten Waffen in das Einkaufszentrum wagte. Stunden später übernahm die Armee die Führung und viele Kenianer fragen sich dem Artikel der NYT zufolge, ob die Soldaten tatsächlich drei Tage brauchten, um die Terroristen zu stoppen, oder ob die Zeit lediglich für eine ausgedehnte Plünderung genutzt wurde. Waren im Wert von Hunderttausenden US-Dollar seien verschwunden, der Schaden belaufe sich auf Millionen US-Dollar und in einem Restaurant hätten Reinigungskräfte Hunderte Flaschen Rum, Brandy, Gin, Wodka und Bier auf dem Tresen gefunden. »Es sah aus wie die Szene einer Party von Burschenschaftlern«, berichtete ein westlicher Offizieller.

Die Plünderung von Westgate ist nur ein kleines Beispiel dafür, wie das Militär aus dem Kampf gegen die Islamisten Gewinn ziehen kann. Im Norden Nigerias scheint das Geschäft mit der Terrorbekämpfung ganz andere Dimensionen angenommen zu haben. Wie ein unter Pseudonym schreibender nigerianischer Autor kürzlich in der entwicklungspolitischen Zeitschrift Welt-Sichten ausführte, bereichern sich am Vorgehen gegen die islamistische Gruppe Boko Haram und dem dafür zur Verfügung stehenden Budget Hunderte »Sicherheitsberater«, die der

Regierung ihre Dienste anbieten. Zudem würden Angehörige der Armee islamistische Anschläge fingieren, um das Bedrohungsszenario aufrechtzuerhalten. Derartige mafiöse Machenschaften, verbunden mit dem rücksichtslosen Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung, sind nicht gerade geeignet, die Radikalisierung von jungen Männern in einer der ärmsten Regionen des 160 Millionen Einwohner zählenden Landes einzudämmen.

Wie al-Shabab in Somalia ist auch Boko Haram, über die ebenso wenige zuverlässige Berichte vorliegen, zunächst als eine lokale Reaktion auf den Kontrast von bitterer Armut und Perspektivlosigkeit einerseits und Reichtum andererseits entstanden. Derzeit beschränkt die Gruppe ihre Aktionen noch fast ausschließlich auf Nigeria und dort vor allem auf Terror gegen Schulen und andere »westliche« Bildungseinrichtungen, doch sie wählt auch internationale Ziele, wie ein Anschlag auf das UN-Hauptquartier in der Hauptstadt Abuja im August 2011 unter Beweis stellte.

Auch an der Invasion des Nordens von Mali, dem nördlichen Nachbarn Nigerias, durch aufständische Tuareg und islamistische Kämpfer im vorigen Jahr beteiligten sich Presseberichten zufolge Mitglieder von Boko Haram. Sie brachten nach der vorläufigen Vertreibung der Rebellen durch die französische Armee nicht nur Waffen und anderes Material aus den Arsenalen Libyens mit zurück nach Nigeria, sondern auch Erfahrungen im Kampf und neue Taktiken. So entführte ein Kommando der Boko Haram eine siebenköpfige Familie in Kamerun, verschleppte sie nach Nigeria und erhielt angeblich drei Millionen US-Dollar für ihre Freilassung.

Der staatliche Kampf in Nigeria gegen Boko Haram, vom Westen unterstützt, desavouiert sich angesichts der finanziellen Eigeninteressen des mächtigen Militärs sowie des rücksichtslosen Vorgehens gegen die Zivilbevölkerung, das Erinnerungen an die Aktionen der Armee im Nigerdelta im Süden des Landes weckt. In Somalia fällt der »internationalen Gemeinschaft« weiterhin nicht mehr ein, als eine von ausländischer Hilfe abhängige Übergangsregierung zu unterstützen und mit Hilfe der Truppen Äthiopiens, Kenias und Ugandas sowie der mit ihnen verbündeten Warlords eine Politik der Eindämmung zu betreiben. Ob diese Strategien die weitere Ausbreitung des islamistischen Terrors in West- und Ostafrika verhindern können, ist allerdings fraglich.